

# Avanti

2

## ISO Rhein-Neckar



Gute Vorsätze für das neue Jahr?

Foto: Avanti?

# 2018 Solidarität statt Kapitalismus!

O. G.

**E**s gibt immer noch keine vom weitgehend tatenlosen Bundestag gewählte neue Regierung. Aber der Kapitalismus funktioniert wie geschmiert.

Die einhundert umsatzstärksten börsennotierten Konzerne Deutschlands konnten letztes Jahr Rekorde verbuchen. Ihre Gewinne stieg in den ersten neun Monaten 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 21 Prozent auf knapp 109 Milliarden Euro. Das geht aus einer Ende Dezember veröffentlichten Analyse der Unternehmensberatung EY hervor. Der Gesamtumsatz der

100 Firmen kletterte bereits in den ersten drei Quartalen von 2017 um knapp sieben Prozent auf 1,25 Billionen Euro.

Ein Forscherteam unter Leitung des französischen Ökonomen Thomas Piketty hat vor kurzem etwas dazu perfekt Passendes herausgefunden. Die Ungleichheit der Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland sei so groß wie im Wilhelmischen Kaiserreich von 1913! Bereits 2013 verfügten die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über 40 Prozent des Gesamteinkommens, die unteren 50 Prozent dagegen nur **Fortsetzung auf Seite 2**

Liebe Leserinnen und Leser,

der Jahreswechsel ist von massiven Protesten gegen die soziale und politische Unterdrückung durch das korrupte prokapitalistische Regime im Iran begleitet worden.

Das ist ein erfreulicher Auftakt für 2018 mit seinen vielen Jahrestagen (Marx, Mai 1968, Novemberrevolution 1918 ...).

Hierzulande steht eine weitere Neuauflage der GroKo in Berlin an. Bei ihrem Zustandekommen wäre die „stabile“ Fortführung der neoliberalen Regierungspolitik gesichert.

Die Hoffnung, dass durch die Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie die gewerkschaftspolitischen Verkrustungen etwas aufgebrochen werden, ist zwar noch nicht tot, aber sie hält sich in engen Grenzen.

Parallel dazu finden im Frühjahr die Betriebsratswahlen statt. Wir befassen uns erneut mit ihrer Bedeutung für die Kräfteverhältnisse in Betrieb. Wir hoffen, dass diese und die anderen Themen Euer Interesse finden, und wünschen Euch alles Gute für das neue Jahr!

Eure Redaktion

### Inhalt

TITEL	
01 2018 Weiter so?	08 BRIEFWECHSEL Willy Boepple - Heinrich Böll?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	SOLIDARITÄT
02 TARIFRUNDE M+E Die Hoffnung stirbt zuletzt	09 Türkei Solidarität gefragt!
03 BR-WAHLEN I Gegenmacht im Betrieb?	RÜCKBLLENDE / TERMINE
POLITIK	10 1918 Warum die Januarstreiks?
04 2017 Jahresrückblick in Bildern	10 TERMINE

## Fortsetzung von Seite 1

über 17 Prozent. Weltweit habe sich die Schere zwischen arm und reich vor allem seit 1980 immer weiter geöffnet.

Diese Entwicklung steht in krassem Widerspruch zum Grundgesetz (GG). Dort heißt es in Artikel 14 GG: „Eigentum verpflichtet.“ Und in Artikel 20 GG: „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. [...] Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Schön wär's.

Eine Linke, die ihrem Anspruch auf Solidarität gerecht werden will, muss die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit an erste Stelle setzen. Eine antikapitalistische Perspektive beinhaltet neben der Verhinderung von Geldwäsche und Steuerflucht progressive Steuersätze für die Reichen, Superreichen und Konzerne, die Stärkung demokratischer, insbesondere betrieblicher und gewerkschaftlicher Rechte sowie Mindestrenten und -löhne, von denen Menschen gut leben können. ■

## Tarifrunde M+E Bruch mit der Streikvermeidung?

H. N.

**Für Anfang Januar plant die IG Metall (IGM) erste Warnstreiks für die Tarifaufeinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie. Auch in Mannheim und Umgebung will die Gewerkschaft Druck für ihre Forderungen machen.**

**D**ie IGM fordert eine Entgelterhöhung von 6 Prozent für 12 Monate und einen individuellen Anspruch auf Arbeitszeitverkürzung. Für maximal zwei Jahre soll eine Kürzung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 28 Stunden möglich sein. Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen oder Kindern unter 14 Jahren sollen ebenso wie SchichtarbeiterInnen Anspruch auf Entgeltzuschüsse zu haben, um dann entstehende finanzielle Verluste „abzufedern“.

### Provokationen des Kapitals

Die Metall-Kapitalisten setzen auch im Südwesten auf verbale und juristische Konfrontation. In den Medien kündigen sie die „härteste Tarifrunde der letzten Jahrzehnte“ an. Sie bieten 200 Euro Einmalzahlung und zwei Prozent Entgelterhöhung für 15 Monate an. Das ist unterhalb der offiziellen Preissteigerungsrate.

Eine Entgelterhöhung soll es aber nur mit gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung geben: 40 Wochenstunden und mehr – ohne Zuschläge für Überstunden. Im Unternehmen des Präsidenten von Gesamtmetall, Rainer Dulger, versucht die Geschäftsleitung eine entsprechende Betriebsvereinbarung vom Betriebsrat mit der Drohung zu erpressen, Investitionen ins Ausland zu verlagern.

Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich lehnen die Kapitalisten kategorisch ab. Rainer Dulger sagte in einem Interview mit dem *Mannheimer Morgen*: „Das Problem liegt nicht so sehr in der Verkürzung auf 28 Wochenstunden [...]. [Aber:] Der geforderte Lohnausgleich ist ungerecht, diskriminierend und rechtswidrig. Deswegen lehnen wir ihn ab.“ Ein bestelltes „Rechtsgutachten“ soll zudem nachweisen, dass die Gewerkschaft das Thema Arbeitszeitverkürzung nicht in die Tarifrunde einbringen dürfe.

### Welche Antworten?

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, kommentierte das Verhalten der Gegenseite wie folgt: „Die Arbeitgeber haben in den bisherigen Verhandlungen gezeigt, dass sie den Konflikt mit uns suchen. Ihr Angebot ist eine klare Provokation.“ Er kündigte

bundesweite Warnstreiks an. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Gewerkschaft bei einer weiteren Zuspitzung der Tarifrunde erstmals zu 24-Stundenstreiks ohne Urabstimmung aufrufen will.

Aber auch das wird nicht ausreichen. Zumal „wenn Konzerne“, wie Jörg Hofmann das ausdrückt, „den sozialen Kompromiss [...] mit Füßen treten“.

Der Geschäftsführer der Mannheimer IG Metall, Klaus Stein, geht in der Analyse weiter als Hofmann und fordert ein Umdenken: „Wir müssen darüber reden, ob Unternehmen ein Teil dieser Gesellschaft sind oder ob wir es akzeptieren, dass sie sich gesellschaftlicher Verantwortung immer mehr entziehen.“

Mit einer geänderten Streiktaktik allein wird die IG Metall der zunehmend offeneren antigewerkschaftlichen Strategie der Kapitalisten keine mittel- und langfristig wirksame Gegenmacht entgegensetzen können.

Angesichts radikaler auftretender Konzerne, angesichts der zunehmenden Prekarität von Arbeitsverhältnissen und der drohenden massiven Rationalisierungseffekte von Digitalisierung und „Elektromobilität“ muss endlich das Tabu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gebrochen werden.

Es war immerhin die IG Metall, die 1984 mit einem sechswöchigen Streik den Weg zur 35-Stundenwoche trotz massenhafter Aussperrung geöffnet hat. Mittlerweile haben sich jedoch die meisten Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte der „Alternativlosigkeit“ der kapitalistischen Globalisierung und des gnadenlosen Konkurrenzkampfs angepasst.

### Tarifpolitische Sprengkraft?

Die Tarifrunde M+E 2018 birgt angesichts der Gewinnsteigerungen im letzten Jahr sehr wohl tarifpolitische Sprengkraft.

Auch die Forderung des IGM-Bezirks Belin-Brandenburg-Sachsen nach einer „verlässlichen“ Anpassung der tariflichen Wochenarbeitszeit Ost (38 Stunden) an den Westen (35 Stunden) trägt dazu bei. Ihre Durchsetzung könnte der künftigen Diskussion über eine 30-Stundenwoche bei vollem Entgelt- und Personalausgleich etwas Schwung geben. ■

# BR-Wahlen 2018

## Teil I\*

# Wie Gegenmacht im Betrieb organisieren?

O. T.

**Im Vorfeld der anstehenden Betriebsratswahlen wollen wir uns mit zwei grundlegenden Fragen beschäftigen. Welche Aufgaben haben Betriebsrat und Gewerkschaft? In welchem Verhältnis stehen sie zueinander und zum Kapital?**

Der Betriebsrat ist eine durch das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) legitimierte Institution. Das BetrVG gibt ihm gleichzeitig seinen rechtlichen Handlungsrahmen vor.

§ 2 Abs. 1 BetrVG verpflichtet den Betriebsrat zur „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung. Im Gegensatz zur Gewerkschaft darf der Betriebsrat nicht streiken oder andere Arbeitskämpfungsmethoden anwenden, um die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen.

Er kann allenfalls bestimmte Rechtsmittel in Anspruch nehmen, um die Einhaltung von gesetzlichen und – vorausgesetzt es gibt sie – tarifvertraglichen Rechten durchzusetzen. Die Festlegung zur „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit beschränkt massiv die Durchsetzungsmöglichkeiten des Betriebsrats.

Die sogenannte Mitbestimmung des Betriebsrats aus dem BetrVG ist ebenfalls nur in einem engem Umfang möglich. Sie endet, wenn es um „wirtschaftliche Angelegenheiten“ wie zum Beispiel Betriebsschließung, Verlagerung von Produktion oder Auslagerung von Tätigkeiten geht. In solchen Fällen stehen dem Betriebsrat wegen des Grundsatzes der „unternehmerischen Entscheidungsfreiheit“ grundsätzlich keine Mitbestimmungsrechte, sondern nur Unterrichts- und Beratungsrechte zu.

Daher hat der Betriebsrat hier rechtlich nur die Möglichkeit, die Auswirkungen solcher Entscheidungen auf die Beschäftigten durch Sozialplan und Interessenausgleich abzumildern. Die Entscheidung des Kapitalisten, einen Betrieb zu schließen und die gesamte Belegschaft zu entlassen, kann mit dem BetrVG rechtlich nicht verhindert werden.

Den Kapitalisten und ihren Geschäftsleitungen geht es vor allem um Profitmaximierung. Dafür werden Betriebe aufgespalten und verlagert. Wenn sie aus Sicht der Eigentümer nicht mehr rentabel genug sind, dann wird rationalisiert, Beschäftigten wird gekündigt oder der Betrieb wird komplett dichtgemacht. In allen Fällen dient der Fetisch der „Wettbewerbsfähigkeit“ als Begründung für das scheinbar alternativlose Handeln der Geschäftsleitungen bzw. der Kapitaleigner.

Das BetrVG bildet somit auch den Schutzrahmen zur Wahrung der Kapitalinteressen an der Nutzung der Produktionsmittel.

### „Sozialpartnerschaft“

Die Verpflichtung des Betriebsrats zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zum „Wohl des Betriebs“ bildet auch die Grundlage für das sozialpartnerschaftliche Verhalten vieler BR-Gremien. Sie nehmen diese Formulierung wörtlich und sehen sich als die Verteidiger der „Wettbewerbsfähigkeit“ „ihres“ Un-

ternehmens.

Damit werden im Umkehrschluss wesentliche Forderungen der Belegschaft abgebügelt – nicht nur von der Geschäftsleitung, sondern auch oft genug vom Betriebsrat selbst: Sie wären dem „Wohl des Betriebs“ abträglich und könnten die „Wettbewerbsfähigkeit“ beeinträchtigen.

Tatsache ist: Die allermeisten Forderungen von Beschäftigten sind vom Grundsatz tatsächlich der uneingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit entgegengesetzt, weil sie die Kosten erhöhen und den Profit schmälern.

Eine solche kapitalfreundliche Haltung des Betriebsrats stärkt nicht gerade das Vertrauen der Beschäftigten in diese Institution.

### Gegenmacht

Uns geht es aber gerade darum, wie wir den Betriebsrat im Sinne der Beschäftigteninteressen nutzbar machen können.

Der Betriebsrat ist, sofern es ihn gibt, die gewählte Vertretung aller „ArbeitnehmerInnen“ im Betrieb.

Die Wahl eines Betriebsrats ist vom Gesetz nicht zwingend vorgeschrieben. Einen Betriebsrat gibt es nur, wenn zumindest ein Teil der Belegschaft aktiv wird und die Wahl möglichst mit der Unterstützung einer Gewerkschaft initiiert. In etwa 80 % aller Betriebe in Deutschland gibt es keinen Betriebsrat.

Schon dass es überhaupt einen Betriebsrat gibt, verhindert in vielen Fällen, dass die Beschäftigten um ihre Rechte gebracht werden. Ohne Betriebsrat kann die Geschäftsleitung weitgehend machen, was sie will, denn die „Arbeitnehmerrechte“ aus dem BetrVG sind für einzelne Beschäftigte eng begrenzt.

So ist zum Beispiel ein Sozialplan und Interessenausgleich nur erzwingbar, wenn es einen Betriebsrat gibt.

Um Nachteile aus der Wahrnehmung der Funktion eines Betriebsrats möglichst auszuschließen, gibt es ein Benachteiligungsverbot für BR-Mitglieder. Für sie gilt ein besonderer Kündigungsschutz. Dieser Kündigungsschutz gerät immer dann unter Beschuss, wenn es darum geht, aktive bzw. kritische BR-Mitglieder loszuwerden (BR-Mobbing).

Die Betriebsrats-Arbeit im Interesse der Beschäftigten wird massiv behindert oder gar verhindert, wenn es der Geschäftsleitung gelingt, unternehmerfreundliche „Betriebsratsmitglieder“ in das Gremium einzuschleusen und diese dort zu etablieren. Eine Betriebsratsarbeit im Interesse der Beschäftigten ist dann nur noch schwer oder kaum möglich.

\* [Teil II folgt in der Februar-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup>.] ■

# Jahresrückblick 2017 in Bildern

## Januar

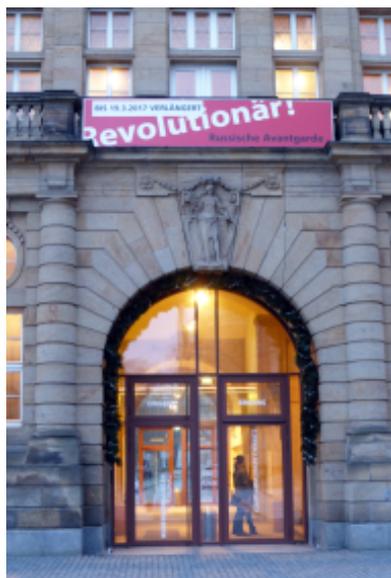


Aktion beim Neujahrsempfang der Stadt Mannheim, 06.01.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.



Lichterlauf bei GE Mannheim, 13.01.2017.  
Foto: Helmut-Roos@web.de.

## Februar



Besuch der Ausstellung „Revolutionär! - Russische Avantgarde“ in Chemnitz, 25.02.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.



Besuch des Karl-Marx-Denkmal in Chemnitz, 26.02.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.

## März



Demonstration von Arbeiterinnen und Arbeitern der Putilow-Werke am 8. März (23. Februar) 1917.

Foto: Gemeinfrei.

100 Jahre russische Februarrevolution war das Thema unserer ISO-Abendveranstaltung am 24.03.2017.

# Jahresrückblick 2017 in Bildern

## April



Ostermarsch in Mannheim am 15.04.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.



Protestaktion gegen Personalabbau bei Freudenberg in Weinheim, 27.04.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.

## Mai



Verregnete DGB-Kundgebung in Mannheim, 01.05.2017.  
Foto: Helmut-Roos@web.de.



„Vorhut“ unserer Frühjahrswanderung am Altrhein, 14.05.2017.  
Foto: Avanti<sup>2</sup>.

## Juni



ISO-Plakat in Mannheim, 02.06.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.



Streik im Mannheimer Einzelhandel, 27.06.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.

# Jahresrückblick 2017 in Bildern

## Juli



Besuch der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, 02.07.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.



## August



Christopher Street Day in Mannheim, 12.8.2017. Foto: Klaus.

## September



US-Gewerkschafterin Diane Feeley zu Besuch in Mannheim, 12.09.2017. Foto: Avanti<sup>2</sup>.



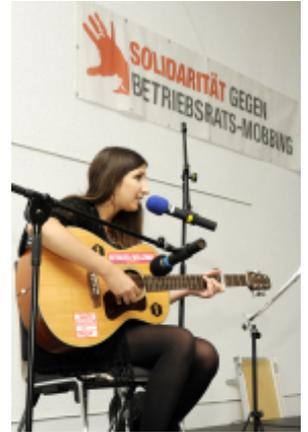
Demo gegen AfD in Mannheim, 23.09.2017. Foto: Helmut-Roos@web.de

# Jahresrückblick 2017 in Bildern

## Oktober



4. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“  
in Mannheim, 14.10.2017.  
Fotos: Helmut-Roos@web.de.



## November



Das kleine elektronische Weltorchester (ewo<sup>2</sup>) bei der  
Veranstaltung „100 Jahre russische Revolution“ in Mannheim,  
07.11.2017. Foto: Kamillus Wolf.



ISO-Herbstaussflug in die Binnendünen bei Speyer, 19.11.2017.  
Foto: Avanti<sup>2</sup>.

## Dezember



IGM-Protestkundgebung gegen Entlassungen bei GE Mannheim,  
11.12.2017, Foto: Helmut-Roos@web.de.



ISO-Jahresendfeier in Mannheim, 16.12.2017.  
Foto: Avanti<sup>2</sup>.

# Ein Briefwechsel

## Willy Boepple - Heinrich Böll

Am 21. Dezember 2017 wäre Heinrich Böll einhundert Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass geben wir einen Briefwechsel unseres Genossen Willy Boepple (1911-1992) mit dem bedeutenden deutschen Schriftsteller aus dem Jahr 1982 wieder. Böll ist am 16. Juli 1985 viel zu früh gestorben.

### Brief Willy Boepplers vom 7. September 1982\*

Sehr geehrter Herr Böll,

im Fernsehprogramm Hessen 3 vom 4.9. hörte ich (leider nur) einen Teil Ihres Gesprächs mit Siegfried Lenz.<sup>1</sup> Eine dabei von ihnen gemachte Bemerkung veranlaßt mich zu diesem Schreiben. Sie sagten (wenn ich Sie richtig verstanden habe), daß man eine Alternative zu Kapitalismus und Sozialismus, einen „Dritten Weg“, suchen müsse. Ich darf daraus wohl den Schluß ziehen, daß Sie das in den Ostblockstaaten, in Vietnam, China und weitgehend auch in Jugoslawien und - mit Einschränkung - in Kuba herrschende gesellschaftliche System als „Sozialismus“ verstehen. Das tut einem alten Kommunisten, der auf Prestige und Karriere um seiner politischen Ideale willen verzichtet hat, ziemlich weh, zumal ich Sie nicht nur als Schriftsteller, sondern auch und nicht zuletzt als engagierten Bürger mit viel Zivilcourage sehr schätze. Ich bin, wie viele meiner politischen Freunde hinsichtlich der Verunglimpfung, ja sogar Schändung des Begriffs „Sozialismus“ Kummer gewöhnt. Wenn aber ein Mann Ihrer Bildung, Ihres Formats und Ihrer weltanschaulichen Loyalität ebenfalls dieser Klischee-Vorstellung zum Opfer fällt, dann ist das ganz besonders bitter.

Ich erlaube mir daher, Ihnen zum Thema „Dritter Weg“ beziehungsweise „Sozialismus“ die letzten 10 Seiten des soeben von mir vollendeten Manuskripts meiner Übersetzung des Buches „Revolutionärer Marxismus heute“ zu senden. Ich tue das nicht etwa in der Hoffnung, Sie zu „bekehren“, sondern in der zagen Erwartung, daß Ihnen die Lektüre Anlaß zu weiteren Studien gibt, wodurch Ihre Vorstellung von einer „Alternative“ vielleicht ein wenig beeinflusst wird. Der Autor des Buches ist Ernest Mandel, Professor an der Universität Brüssel, Mitglied der Führungsgremien der von Trotzki gegründeten IV. Internationale und Autor vieler politischer und wirtschaftswissenschaftlicher Schriften und Bücher. Sein Buch „Marxistische Wirtschaftstheorie“ („Traité d'économie marxiste“) wurde in etwa 16 Sprachen übersetzt. Professor Mandel, dessen Berufung an die Freie Universität Berlin durch massiven Druck der Bundesregierung verhindert worden ist,<sup>2</sup> wurde von Walter Jens<sup>3</sup> als Mitglied des PEN-Clubs vorgeschlagen. Durch Austrittsdrohungen „prominenter“ Mitglieder wurde die Aufnahme vereitelt.<sup>4</sup>

Meine politische Kurzbiographie: Jahrgang 1911, mit 20 Jahren Eintritt in die KPD (1931).<sup>5</sup> 1933 KZ Heuberg. Nach dem Krieg Gründungsmitglied der KPD in Mannheim. Mitglied des Parteivorstandes und 2. Vorsitzender der KPD Württemberg/Baden,

Mitglied des ZK der KPD der 3 Besatzungszonen („Trizonesien“), Mitglied des gesamtdeutschen Vorstandes der KPD/SED in Berlin und Mitglied des ersten Landtages von Württemberg/Baden. Im März 1949<sup>6</sup> trat ich mit einer schriftlichen Erklärung aus Protest gegen die total abhängige Pseudo-Politik der KPD/SED und gegen die verheerende Befehlspraxis der KPdSU aus der Partei aus und wurde selbstverständlich postwendend als Verräter, Agent des amerikanischen Imperialismus und Feind der Arbeiterklasse entlarvt. Ab 1951 war ich Mitglied der deutschen Sektion der IV. Internationale und seit etwa 10 Jahren bin ich aktiver Sympathisant dieser Organisation.

Wenn ich mir erlaubt habe, diese Kurzbiographie anzufügen, so nicht aus Geltungssucht, sondern als höflichen Hinweis, daß ich von den Dingen etwas verstehe und einen Abschnitt der deutschen Arbeiterbewegung hautnah in der politischen Praxis erlebt habe. Ich bringe damit, so meine ich, einige Voraussetzungen mit, die mir eine gewisse Berechtigung geben, den Träger eines so berühmten Namens (ein ehrliches Kompliment) mit meinem Anliegen zu behelligen. (Mit Ausnahme eines vor 3 Jahren an Robert Havemann gerichteten kritischen offenen Briefes zum Thema „Euro-Kommunismus“ ist dies das erste Mal, daß ich mich an einen prominenten Zeitgenossen außerhalb meines engeren politischen Spektrums wende.) Zum andern will ich Sie nicht im Zweifel lassen, mit wem Sie es zu tun haben, für den Fall, daß sich aus meiner „Demarche“ ein, wenn auch noch so kurzer Gedanken- austausch entwickeln sollte.

Wenn Ihnen mein Schreiben einen Denkanstoß gibt oder Sie gar veranlasst, unter anderem einige von L. Trotzki, Isaac Deutschers oder E. Mandels Schriften zu lesen, dann hätte ich viel, ja sehr viel erreicht.

Mit größter Hochachtung und freundlichen Grüßen

[Willy Boepple]<sup>7</sup>

### Antwortbrief Heinrich Bölls vom 18. Dezember 1982<sup>8</sup>

Sehr geehrter Herr Boepple,

Ihnen - irgendeinem Marxisten - weh zu tun, war natürlich nicht meine Absicht.

Wenn ich den „Dritten Weg“ meine, so meine ich etwa, was in Nicaragua versucht wird und in Kuba versucht worden ist; seien

*Sie sicher, daß es weiter versucht werden muß. Ich wollte in dem Gespräch den Ausdruck „real existierender Sozialismus“ vermeiden, der mir zu dumm ist. So bin [ich] auf das Alternativ-Paar Kapitalismus-Sozialismus verfallen. Ich glaube allerdings, daß auch der reine, selbst der reinste Sozialismus nicht ohne eine Wendung zum Metaphysischen auskommen kann; es wird immer ein Teil von uns „fremd“ bleiben. Bitte verzeihen Sie mir, wenn ich Sie verletzt habe. Ich danke Ihnen für Ihren Hinweis und Ihre Anregungen.*

*Freundliche Grüße und Dank*

*Heinrich Böll* ■

\* [Die beiden Briefe sind erstmals veröffentlicht worden in: Wolfgang Alles (Hg.), *Gegen den Strom*, Texte von Willy Boepfle (1911-1992), Köln 1997, S. 258 ff.; die Anmerkungen sind für die vorliegende Wiederveröffentlichung ergänzt worden.]

<sup>1</sup> [Siegfried Lenz (1926 - 2014), dt. Schriftsteller.]

<sup>2</sup> [Wegen Mandels Engagement für die IV. Internationale verhängte Hans-Dietrich Genscher (FDP), damaliger Innenminister der von Willy Brandt geführten Bundesregierung, 1972 ein Einreiseverbot für Mandel, das erst 1978 aufgehoben wurde.]

<sup>3</sup> [Walter Jens (1923 - 2013), dt. Schriftsteller und Literaturwissenschaftler. 1976-82 Präsident des PEN-Zentrums der BRD.]

<sup>4</sup> [1977 wurde Mandel dann doch in das PEN-Zentrum der BRD aufgenommen.]

<sup>5</sup> [Im Manuskript steht fälschlicherweise „mit 19 Jahren Eintritt in die KPD“.]

<sup>6</sup> [Im Manuskript steht irrtümlicherweise 1948.]

<sup>7</sup> [Maschinenschriftlicher Durchschlag des Briefes im Nachlaß Willy Boepfle ohne Signatur.]

<sup>8</sup> [Handschriftliches Original im Nachlaß Willy Boepfle.]



Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F062164-0004 / Hoffmann, Harald / CC-BY-SA 3.0

Heinrich Böll (21.12.1981).

## Türkei

# Internationale Solidarität gegen staatliche Repression!

I.V.

**D**as Erdogan-Regime hat sich zu einer Diktatur entwickelt, die in die Grundrechte eingreift und repressiv gegen alle vorgeht, die nicht mit ihm kooperieren. Diese Repressalien erreichten im Jahr 2015 gegen die kurdische Bevölkerung einen Höhepunkt. Zahlreiche kurdische Dörfer und Städte wurden von der Armee angegriffen. Viele dieser Orte wurden von Panzern und Flugzeugen bombardiert. Spezielle Militäreinheiten führten Massenerschießungen durch.

Eine Gruppe AkademikerInnen, die diese Entwicklung nicht widerstandslos hinnehmen wollten, veröffentlichte im Januar 2016 einen Aufruf mit 1.128 Unterschriften. Ihr Aufruf trägt die Überschrift: „Wir werden nicht an diesem Verbrechen beteiligt sein“. Sie forderten die Regierung auf „die Ausgangssperre aufzuheben, diejenigen zu bestrafen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, und jene Bürger zu entschädigen, die materielle und psychologische Schäden erlitten haben“. In kürzester Zeit stieg die Zahl der UnterzeichnerInnen auf über 2.200.

Die AkademikerInnen, die den Aufruf unterzeichnet hatten, wurden von ihren Stellen an den Universitäten suspendiert und ihre Arbeitsverträge gekündigt. Alle wurden angeklagt. In der Anklageschrift wird den AkademikerInnen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ vorgeworfen. Fall sie für schuldig befunden werden, droht jedem und jeder von ihnen eine Gefängnisstrafe von bis zu siebeneinhalb Jahren. Unter den Angeklagten

befinden sich auch GenossInnen der türkischen Sektion der IV. Internationale.

Unter dem Druck der Verfolgungen und aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit haben manche UnterzeichnerInnen des Aufrufs mittlerweile die Türkei verlassen. Aber die überwiegende Zahl ist in der Türkei geblieben und versucht, den Widerstand gegen das autoritäre Regime fortzusetzen. Sie organisieren im Rahmen der Solidaritätsakademien Lesungen. Inzwischen wurden in zehn Städten solche „Akademien“ abgehalten.

Erdogans Ziel ist es, kritische, vor allem aber linke AkademikerInnen von der Teilnahme an der gesellschaftlichen Meinungsbildung auszuschließen. Sein Regime versucht, die jungen Generationen gemäß einer islamisch-reaktionären Weltanschauung umzuerziehen.

Ohne Arbeitseinkommen und in Anbetracht drohender hoher Gerichts- und Anwaltskosten stehen die angeklagten GenossInnen vor dem finanziellen Ruin. Deshalb rufen wir dazu auf, sie mit Spenden zu unterstützen. ■

**Überweisungen bitte auf folgendes Konto:**  
**IBAN FR85 3000 2005 2500 0044 5757 C12**  
**BIC / SWIFT CRLYFRPP**  
**Empfänger ESSF**  
**Betreff: Turkey**

# Vor 100 Jahren Die Januarstreiks 1918

H. N.

**W**ährend des Ersten Weltkriegs litt auch die Zivilbevölkerung immer mehr. Hunger, Entbehrungen und staatliche Repressionen verursachten eine zunehmende Empörung in der arbeitenden Klasse. Ende Januar 1918 kam es in Berlin zu einem politischen Massenstreik. Die Hauptforderung lautete „Frieden und Brot!“

Organisatoren des Streiks waren die Revolutionären Obleute. Sie waren meist (kritische) Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) und vor allem als kämpferische Gewerkschafter in Metallbetrieben konspirativ tätig. Zu Arbeitsniederlegungen hatte auch der Spartakusbund im Vorfeld des 28. Januar 1918 aufgerufen, entgegen der Taktik der Revolutionären Obleute. Diese hatten die Streikvorbereitungen bis zur letzten Minute geheim halten wollen.

Die Streiks fanden gegen den Willen der Führer der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) und der Gewerkschaften statt. Diese setzten nach wie vor auf die „Burgfriedenspolitik“ mit Kaiser und Kapital. Ihr Bestreben war es, die Streiks einzudämmen.

Allein in Berlin wurden über 400.000 Streikende gezählt. Sie wählten einen 414-köpfigen Groß-Berliner-Arbeiterrat, der einen aus elf Mitgliedern bestehenden Aktionsausschuss bildete.

Dessen Vorsitzender war Richard Müller für die Revolutionären Obleute.

Der Streik breitete sich schnell in anderen Teilen des Deutschen Reichs aus. Insgesamt beteiligten sich über eine Million ArbeiterInnen. Trotz Versammlungsverbot kam es täglich zu Aufmärschen und Spontandemonstrationen.

Die Streiks konnten erst nach mehreren Tagen durch den Einsatz von Polizei und Militär beendet werden. Am 31. Januar 1918 verhängten die Herrschenden den verschärften Belagerungszustand über Berlin, da sie einen Aufstand befürchteten.

Die Regierung ließ Demonstrationen und Kundgebungen gewaltsam durch Militär und Polizei auflösen, wodurch es Tote und Verletzte gab. Bestreikte Großbetriebe wurden der militärischen Kontrolle unterstellt und ultimativ die Arbeitsaufnahme bis zum 4. Februar 1918 gefordert.

Am 3. Februar verkündete deshalb der Aktionsausschuss den Abbruch des Streiks, obwohl keine der Forderungen erfüllt war.

Die Herrschenden ließen danach viele Arbeiter festnehmen und sie zum Kriegsdienst an der Front einberufen. Aber letztlich scheiterte ihr Versuch, das revolutionäre Potential in Deutschland entscheidend zu unterdrücken. ■

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621/156 40 46  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)



### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 11.01.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DI, 16.01.2018, 19:00 Uhr, Stuttgart 21 und sein absehbares Scheitern, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 25.01.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 26.01.2017, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA